

Der Wert-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt. Lebensmittelwucher und kein Ende. — Der Kapitalismus im Volksurteil. — Wesen und Wirksamkeit des Internationalen Verbandes der Seidenfärbereien. — Textilarbeiterversammlung in der Dominikanerkirche in Augsburg am 16. Oktober 1915. — Die Erfahrungen in der modernen Chirurgie (II). — Unser wichtiges Nahrungsmittel Butter und Milch. — Aus den Gewerkschaften. — Soziales. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Verbandsanzeigen.

9 Pfennig; beim Verkauf vom Händler kostet dasselbe Ei 10 Pfennig. b) Für Landbutter: Beim Verkauf kostet vom Erzeuger das Pfund 1,20 Mark; beim Verkauf vom Händler 1,30 Mark. c) Für Tafelbutter: Beim Verkauf vom Erzeuger kostet das Pfund 1,50 Mark; beim Verkauf vom Händler 1,60 Mark. d) Für Butter-schmalz: Beim Verkauf vom Erzeuger kostet das Pfund 1,40 Mark; beim Verkauf vom Händler 1,50 Mark. e) Für Kartoffeln: Das Pfund guter Speisekartoffeln kostet 3 Pfennig.

wollen, wie es scheint, wieder dasselbe Manöver wie im vorigen Jahre durchführen; d. h. die Kartoffeln vom Markte zurückhalten, in der Hoffnung, höhere Preise zu erhalten wie jetzt. Nachstehende Notiz, die durch die Presse geht, bestätigt das. Es heißt da:

Lebensmittelwucher und kein Ende.

Es scheint, daß die verantwortlichen Stellen im Reiche noch immer nicht empfinden, wiewohl niederrichtiges Schindluderspiel die Lebensmittelwucherer mit ihnen und mit dem deutschen Volke treiben. Seit mehr denn einem Jahre wird aus allen Kreisen der Bevölkerung Klage auf Klage gehäuft über den schamlosen Wucher, den wenige Menschen in dieser für das Volk so schweren Zeit mit den Lebensmitteln treiben; aber es vergeht Woche um Woche, wo nicht nur alles beim alten bleibt, sondern die Wucherei immer skandalöser betrieben wird. In den letzten Wochen ist es ganz besonders arg getrieben worden, und man braucht sich gar nicht zu wundern, wenn nun an manchen Orten den Frauen der Geduldssaden gerissen ist. Die Empörung über die Art, wie jetzt das kaufende Publikum vielfach behandelt wird, ist wirklich zu verstehen. Für vielfach nicht einmal gute Ware wird nicht nur meist ein geradezu fabelhaft hoher Preis gefordert, sondern wenn der Käufer über diesen Preis murren, läuft er Gefahr, verletzende Redensarten einstecken zu müssen. Manche Verkäufer haben die Erregung noch gesteigert, indem sie Bemerkungen fallen ließen, die ein weiteres unerhörtes Steigen der Preise ankündigten. Namentlich bei Butter und Fettwaren ist das in letzter Zeit häufig geschehen. In Gera ist prophezeit worden, der Butterpreis werde auf 5 Mk. pro Pfund hinaufgehen. Und wie es in den letzten Wochen ging, da war ein solcher Preis sehr bald zu erwarten, wenn die Behörde nicht schließlich Einhalt geboten hätte. Es war der Berliner „Ulk“, der die Preissteigerung auf dem Buttermarkt folgendermaßen glosierte:

Die Kletterpartie.

- „Bitte um ein Viertelpfund Butter.“
- „Gier, kostet 60 Pfennig.“
- „Wie sagten Sie?“
- „Kostet 70 Pfennig.“
- „Sagten Sie nicht vorhin 60 Pfennig?“
- „Ja, inzwischen ist sie aber auf 80 gestiegen!“

Bis auf 3 Mk. pro Pfund und teilweise darüber hatte es in Berlin und vielen anderen Orten, wo sich die Behörden viel zu lange passiv verhielten, diese Kletterei der Butterpreise ja schon gebracht, als das Klirren einer Anzahl Schaufensterscheiben angezeigt, daß der Bogen der Wucherei überspannt worden war. Wie unerhört diese Wucherei mit der Butter betrieben wurde, ersieht man beim Vergleichen der Preise. Die Amtshauptmannschaft Annaberg hielt für die nachstehend verzeichneten Lebensmittel die danebenstehenden Preise für angemessen:

Bauernbutter aus d. Bez. d. Amtsh. Annaberg 80—90 Pf. p. 1/3 Pf.	
Margarine, 2. Dualität	150 „ 1 „
„ 1. „	160 „ 1 „
Zucker, gemahlen	28 „ 1 „
Kompenszucker	80 „ 1 „
Zucker in Würfeln	82 „ 1 „
Zucker, Kristallwürfel	84 „ 1 „
Weizenmehl (Kriegsmarkte)	24 „ 1 „
Reines Weizenmehl	26 „ 1 „

Ueberdies sind Höchstpreise festgesetzt für Vollmilch auf 24 Pf. für 1 Liter und Magermilch und Buttermilch auf 8 Pf. für 1 Liter, Petroleum auf 32 Pf. für 1 Liter.

Obige Preise verstehen sich ohne Rabattgewährung und gelten sowohl für den Wochenmarkthandel als auch für die Lebensmittelgeschäfte, ferner auch für die Lieferung von Waren ins Haus. Man bekommt also in Annaberg ein ganzes Pfund Butter für denselben Preis, den man kurz vor der Festsetzung von Höchstpreisen in manchen Buttergeschäften Berlins für ein halbes Pfund anlegen mußte.

In Delitzsch machte der Stadtverordnete Schulz die Mitteilung, daß die Wolkerei an ihre Gesellschafter noch jetzt das Stück Butter (1/2 Pfund) zu 65 Pf. abgibt. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Wolkerei bei diesem Preise auf ihre Selbstkosten kommt und daß das, was über 65 Pf. hinaus verlangt wird, reiner Wuchergewinn ist.

In Passau in Bayern hat der Magistrat mit Wirkung vom 1. November ab folgende Höchstpreise festgesetzt: a) Für Eier: Beim Verkauf vom Erzeuger kostet das frische Ei im Gewicht über 50 Gramm 10 Pfennig; beim Verkauf vom Händler dasselbe Ei 11 Pfennig; beim Verkauf vom Erzeuger kostet das Ei unter 50 Gramm und das aufbewahrte Ei (Alles)

Für das Pfund Landbutter 1,20 bis 1,30 Mk., das klingt heute wie ein Märchen aus längst vergangener Zeit. Weidenswerte Bewohner von Passau werden heute Millionen ausrufen. In Passau bekommt man zwei Eier über 50 Gramm für dasselbe Geld, wofür man in Berlin oft nicht einmal eins bekommt. In der Alexander-Markthalle in Berlin kostete am 18. Oktober cr. in den meisten Verkaufsständen das Ei 22 Pfennig.

Wie das „Delmenhorster Kreisblatt“ mitteilt, liefern zahlreiche Landwirte in der Umgebung von Delmenhorst an ihre langjährigen Abnehmer in der Stadt Delmenhorst die Butter zu der Jahreszeit entsprechenden Preisen (1,60 bis 1,90 Mk., in einem Falle für 2 Mk.) weiter, da sie an dem Treiben auf dem Buttermarkt keinen Anteil haben möchten und im Hinblick darauf, daß alle Kreise der Bevölkerung sich das Durchhalten gegenseitig erleichtern müßten, für ihre Butter Preise nehmen wollten, mit denen sie auskommen könnten.

Diese Preise zeigen, daß die Höchstpreise für Butter, wie sie jetzt in verschiedenen Bezirken festgesetzt worden sind, und die z. B. im Bezirk Berlin mit Brandenburg und in Hannover 2,80 Mk. betragen für das Pfund, viel zu hoch sind. Die Butterpreise müssen viel niedriger festgesetzt werden, denn nach ihnen richten sich die Preise für Fett, Margarine und Marmelade. Es verlaute nun auch, daß die Regierung eine Regelung der Butterpreise für das ganze Reich vornehmen werde; was hoffentlich schon geschehen sein wird, wenn diese Zeilen in die Hände der Leser kommen. Aber wie gesagt: niedriger, erheblich niedriger werden die Butterpreise werden müssen.

Für Pflaumenmarmelade verlangt man in Berlin den horrenden Preis von 70 Pf. für das Pfund. Der Preis für Fett, und dabei noch für Fett ganz undefinierter Art, ist ebenfalls geradezu fabelhaft hoch; teilweise so hoch wie der für Butter. Reines Schweinefleisch wird, wie es scheint, nur noch als Karität zur Schau gestellt; denn die Preise, die dafür gefordert werden, schließen es aus, daß etwa eine Arbeiterfamilie sich den „Lugus“ einer Schmalzstulle für die Angehörigen leisten könnte; 3,30 Mk. werden in Berlin gefordert für ein Pfund. Ueberhaupt mit den Produkten vom geschlachteten Schwein treibt man das reine Käsepiel. In den Berliner Markthallen sieht man wohl zahlreiche Verkaufsstände, an denen für schweres Geld natürlich, recht schöne fette Schweineknochen (Eisbeine) feilgeboten werden, aber nach dem übrigen Fleisch von den Schweinen hält man vergeblich Umschau. Schweinefleisch ist heute eine seltene Delikatesse. Frisches Schweinefleisch kostet jetzt 1,90 bis 2,20 Mk. pro Pfund. Aber das ist immer noch zu „billig“. Etwas präpariert (gekalzt, gepökelt, geräuchert) kann der Preis noch bis zu einer Mark höher hinaufgeschraubt werden. Und das ist die Ursache, warum man nicht, wie früher, die geschlachteten Schweine in Hälften beim Fleischerhändler hängen sieht. So ein Vorstevieh macht heute einen ganz anderen Prozeß durch, wie ehemals, wenn es ausgegeschlachtet war. Zunächst entnimmt ihm der Schlächter in peinlichst gewissenhafter Weise alles Fett, was es in und auf dem Leibe hat. Denn das Pfund Schweinefleisch, das früher 60 bis 70 Pf. kostete, bietet man jetzt, wie wir in der Berliner Markthalle am Alexanderplatz sehen konnten, aus für 3 Mk. Kein Wunder, daß man da das Fett nicht mehr mit dem Fleisch verkauft, sondern dem geschlachteten Schweine bis hinter die Ohren alles abnimmt, was es an Fett aufzuweisen hat. Wer heut Schweinefleisch zum Braten braucht, der muß Fett oder Butter dazu geben, sonst bratet das Fleisch nicht. Die besseren Teile, Schinken, Kamm usw., werden konserviert und bringen auch einen erheblich höheren Betrag, wie wenn sie frisch verkauft werden. Schweineknochen und Kopffleisch, früher für 25 bis 40 Pf. zu haben, kosten heute das Dreifache.

Für das Pfund Weißkohl verlangt man in Berlin jetzt 15 Pf.; für den Zentner also 15 Mk., und in einer rheinischen Zeitung konnten wir dieser Tage eine heftige Philippika gegen den Wucher lesen, weil dortige Produzenten jetzt schon 4 bis 6 Mk., anstatt 1,50 bis 2 Mk. in früheren Jahren, für den Zentner Weißkohl gefordert haben. Man sieht, Berlin geht mit dem Wucher auf allen Gebieten voran. Natürlich richtet man sich im Reiche danach.

Auch mit der Kartoffelversorgung hapert es schon wieder. Die Produzenten und Großhändler

„Auf dem Kartoffelmarkt macht sich neuerdings ein durch die Verhältnisse in keiner Weise gerechtfertigtes Knappwerden der Angebote bemerkbar. Offenbar glauben einzelne Inhaber von Kartoffelvorräten, daß die für den Produzenten festgesetzten Grundpreise von 2,75 bis 3,05 Mk. pro Zentner im Laufe der Zeit erhöht werden. Wie wir auf das bestimmteste versichern können, denkt die Reichsleitung unter keinen Umständen daran, eine solche Erhöhung der Grundpreise vorzunehmen.“

Wir glauben nicht daran, daß sich die Kartoffelwucherer durch eine solche Erklärung von ihren Plänen abbringen lassen werden. Hier hilft nur die Beschlagnahme der Lebensmittel und ihre Abgabe durch Kommunen oder Genossenschaften. Die Stadt Chemnitz hat für Butter diesen Weg beschritten. Sie hat alle aus dem Bezirk des 1. Bayerischen Armeekorps stammende und in Chemnitz eingehende Butter beschlagnahmt und verkauft dieselbe an die mit Karten versehene minderbemittelte Bevölkerung zum Preise von 1 Mk. das halbe Pfund. Warum kann es denn nicht mit allen wichtigen Lebensmitteln so gehandhabt werden? Schon vor fünf Vierteljahren, gleich wie der Krieg ausbrach, haben die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei entsprechende Anträge bei den maßgebenden Regierungsstellen schriftlich niedergelegt. Jetzt ist das in einer wohlbegründeten Eingabe an den Herrn Reichskanzler erneut geschehen. Weiter war eine Vertretung der beiden Körperschaften der modernen Arbeiterbewegung am 16. Oktober d. J. bei dem Staatssekretär Dr. Delbrück vorstellig, um ihn wegen der enormen Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt zu interpellieren. Es wurden dort von diesen Genossen folgende Forderungen vertreten: Die hohe Preislage aller Lebensmittel, besonders derjenigen, die außerhalb jeder behördlichen Preiskontrolle und Preisfestsetzung stehen, erfordere dringend ein sofortiges Eingreifen des Bundesrats, um in systematischer Weise eine Preisregulierung anzuordnen.

Erforderlich ist die Festsetzung von Höchstpreisen für größere Bezirke, und zwar für Produzenten, Großhandel und Kleinhandel. Die Preisfestsetzungen haben sich nicht an die gegenwärtigen Marktpreise zu halten; sie sind vielmehr unter Ausschaltung besonderer Gewinne ohne Rücksicht auf höhere Preislage im Auslande nach den tatsächlichen Produktionskosten im Inlande zu bemessen. Höhere Aufwendungen für die Einfuhr von Gebrauchsgütern und Lebensmitteln vom Ausland sind aus Reichsmitteln zu decken. Die Einfuhr ist durch die Zentraleinkaufsgesellschaft kaufmännisch zu leiten.

Mit Rücksicht auf den Mangel an genügenden Fleischvorräten ist eine Rationeneinteilung (Kartenausgabe) vorzunehmen, die in Verbindung mit dem Bezug von Butter, Margarine und Fett gebracht wird.

Den Gemeinden ist das Recht der Enteignung resp. Beschlagnahme für Lebensmittel und Gebrauchsgüter zu verleihen, die vom Markte zurückgehalten werden. Auf Anweisung des Reichsamts des Innern muß die Beschlagnahme von den Gemeinden durchgeführt werden.

Die Gemeinden müssen zur Lebensmittelversorgung angehalten werden. Die Abgabe ist so zu regeln, daß in erster Linie die minderbemittelte Bevölkerung berücksichtigt wird und die Waren zu mäßigen Preisen erhält. Durch Rationeneinteilung (Kartenausgabe) muß vermieden werden, daß einzelne Personen größere Quantitäten erwerben, während andere leer ausgehen. Für Familien und Hinterbliebene minderbemittelter Kriegsteilnehmer soll von den Gemeinden ein ermäßigter Preis festgesetzt werden.

Sofort erforderlich sind Höchstpreise für folgende Lebensmittel: Vieh, Fleisch, Fleischwaren, Seefische (Geringe), Milch, Butter, Käse, Bier, Mele, Fette, Hülsenfrüchte, Kartoffeln und Gemüse.

Erhebliche Minderung der Höchstpreise ist notwendig für Kartoffelmehl, Kartoffelpräparate, Zucker, Spiritus und Leder.

Jetzt liegt es also nur an der Regierung. Nur sie kann der Wucherei einen Riegel vorschieben; das wurde auch auf einer Konferenz im Berliner Rathaus, an der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften und der Angestelltenverbände, sowie Herr Oberbürgermeister Wermuth und Stadtrat Fischbeck teilnahmen, festgestellt. Jetzt gibt es kein „Wenn und Aber“ mehr. Die Dinge stehen auf des Meisters Schneide. Wird man unendlich dem Lebensmittelwucher das Lebenslicht ausblasen? Zeit ist es; wenn nicht schon zu spät!

Der Kapitalismus im Volksurteil.

Man hörte in den vergangenen Monaten so oft die Phrase von der „glänzenden Bewährung unseres Wirtschaftssystems“. Dieser Phrase konnten sich aber nur solche Leute bedienen, denen die Kriegswirtschaft nahezu mühelos Vermögen in den Schoß geworfen hat und noch hineinwirft. Daß sich für diese Leute das kapitalistische Wirtschaftssystem glänzend bewährt hat, steht außer Frage. Eine andere, und zwar die Hauptfrage, ist aber doch die, ob der Wert einer Volkswirtschaft darin liegt, erhebliche Summen Gewinn in den Händen weniger Menschen anzuhäufen; noch dazu zum materiellen Schaden der großen Volksgenossen. Und da fällt nun, man kann jetzt bald sagen, das ganze Volk ein anderes Urteil. Das Volk sagt, der Wert einer Volkswirtschaft muß darin liegen, den Volksgenossen die zum Lebensunterhalt nötigen Güter zu Bezugsbedingungen zu beschaffen, welche die Lebenshaltung nicht unangenehm, sondern günstig beeinflussen. Betrachtet man von diesem einzig richtigen Standpunkt aus den Wert unseres Wirtschaftssystems, so muß man angesichts der empörenden Preistreibererei auf dem Warenmarkt, ganz besonders auf dem mit Lebensmitteln, zu dem Urteil kommen, daß sich in dieser schweren Zeit des Krieges, wo Deutschland mit seiner Volkswirtschaft fast nur auf sich selbst angewiesen ist, die kapitalistische Gütererzeugung und -verteilung ganz und gar nicht bewährt hat. Diese Ueberzeugung erfährt immer weitere Volkskreise; auch solche, die bisher immer noch der Ansicht waren, die durch die Gesellschaft geregelte, für die Gesellschaft durchgeführte Gütererzeugung sei nicht durchführbar. Im allgemeinen Volksurteil drückt sich immer klarer die Erkenntnis aus, daß es gegenwärtig ein großer Segen für die Notleidenden, weil bewußteren Volksgenossen wäre, wenn die Gütererzeugung und die Verteilung der Güter nicht von privater Seite, sondern durch Organe der Gesellschaft geleitet würde.

In der angesehenen Zeitschrift „Deutscher Wille“ (früher „Kunstwart“) nimmt Herr Wilhelm Napel zu dieser Frage Stellung, und er sagt dazu das Folgende:

„Eben durch diesen Krieg ist die moderne kapitalistische Wirtschaftsordnung, die auf Selbstzucht gegründet ist, zum ersten Male in der Weltgeschichte vor eine wirklich ernsthafte Prüfung gestellt worden. Sie, die bisher ganz selbstverständlich „die“ Ordnung war, hat den Kampf ums Dasein zu bestehen. Nicht sowohl in England und Frankreich als in Deutschland. Das Deutsche Reich — als ein dicht besiedelter moderner Weltstaat, der plötzlich vom Weltverkehr abgeschlossen und wirtschaftlich in seine eigenen Grenzen zurückgedrängt ist — befindet sich ungefähr in der Lage, in der die Menschheit sich einmal befinden würde, wenn die gesamte Erdoberfläche soweit besiedelt wäre, daß kein Ueberschuß an Nahrungsmitteln mehr erzielt werden könnte. Das Deutsche Reich sammelt jetzt die wirtschaftlichen Erfahrungen, die einst vielleicht der Menschheit bevorstehen. Wird unsere Erkenntnis ausreichen, die Lösung zu finden, und unsere Tatkraft, sie durchzuführen?“

Die wirtschaftliche Lage ist diese: es sind so viel Mittel vorhanden, wie die Bevölkerung zu ihrem Leben bedarf, nicht, wie einst, unbegrenzt viel mehr. Der Wettbewerb von seiten des Angebots ist also in gewisser Weise aufgehoben. Die wirtschaftliche Aufgabe ist nun, jene Mittel so zu verteilen, daß das Volk dabei bestehen kann. Löst der Kapitalismus diese Aufgabe; kann er sie lösen? Was wir bisher erlebt haben, spricht dagegen. Die erste Wirkung des Krieges in unserem wirtschaftlichen Leben war: auf seiten der Käufer ein Ansturm auf die Läden; jeder suchte an sich zu kaufen, soviel ihm nötig erschien, ohne Rücksicht darauf, ob er seinen Nebenmenschen schädigte. So entstanden örtliche Leuerungen. Auf seiten der Hersteller und Verkäufer setzte ein Zusammenrücken und Zusammenhalten von allerlei Waren ein, die in absehbarer Zeit knapp werden würden. Man erwartete, bei erhöhtem Preise später ein größeres Geschäft zu machen — was hatte man sich um die Käufer zu kümmern? „Sehe jeder, wo er bleibe!“ Wenige Warengruppen sind dem Schicksal entgangen, durch diese Spekulation verteuert zu werden. Drittens setzte ein Aufschlag fast aller Preise, auch ohne spekulative Ursachen, ein, der nur zum Teil durch erhöhte Herstellungs-kosten berechtigt war. Unter allen möglichen Vorwänden wurden die Preise aufgeschlagen, oft einfach deshalb, „weil alles teurer wird“. Wo sie „mit Grund“ erhöht wurden, kamen oft nur die Gründe der Hersteller und Verkäufer, selten auch die Gegenstände der Verbraucher in Betracht. Mitte Juli waren die Gemüsepreise in Berlin im Durchschnitt mehr als doppelt so teuer als in derselben Zeit des Jahres vorher. (Salat 12 bis 20 Pf. der Kopf gegen 5 bis 8 Pf.; Rotkohl 45 Pf. gegen 15 bis 20 Pf.; Gurken 20 bis 40 Pf. gegen 10 bis 15 Pf. usw.). Das Angebot war doch keineswegs geringer als früher. Der Landwirt erhielt für seine Schweinepreise, die über die tatsächliche Verteuerung der Kosten für die Aufzucht hinausgingen.

Aber nicht nur gegen die einzelnen, auch gegen den Staat richtete sich das Preistreiben. Man nutzte die geschäftliche Unkenntnis oder die Zwangslage der Behörden ohne Bedenken aus, um große Gewinne zu machen, das heißt, um sich auf Kosten der Steuerzahler zu bereichern. Der Erfolg all dieses kapitalistischen Betriebes war teilweise Anhäufung von Reichtum, teilweise Vergrößerung des Mangels. Die Kluft zwischen der Ueberfülle der Besizenden und dem Mangel der Nichtbesizenden wurde erweitert, trotz der Erhöhung der Löhne, der Leuerungszulagen hier und da. Bei rein kapitalistischer Wirtschaft bedeutet ja im „geschlossenen Handelsstaat“ der Handel eine Veräckerung der wirtschaftlich Stärkeren auf Kosten der Schwächeren.

Das alles geschah, obwohl gewaltige antikapitalistische Maßnahmen angefaßt und durchgeführt wurden! Diese Maßnahmen, die der wirtschaftlichen Selbstsucht die wirtschaftliche Pflicht entgegensetzten, bestehen aus drei Gruppen, nämlich (dem Wesen, nicht der zeitlichen Reihenfolge nach): Wucherverordnungen, Höchstpreise, Verbrauchsregelung. Die Wucherverordnungen wollen durch Furcht vor Strafe und Verlust den Verkäufer abschrecken, höhere Preise zu nehmen, als er für seine Leistungen billigerweise beanspruchen kann. Aber die Grenzen

sind dehnbar und die Möglichkeiten zur Umgehung unzählig. Ein schärferes Mittel sind allgemeine Höchstpreise. Durch sie kann man allerdings den Strom der Selbstsucht für weite Gebiete eindämmen, doch sichern immer wieder hier und da ein Wasserlecken durch und drohen, breite Lücken zu reißen. Das verhältnismäßig vollkommenste Mittel ist darum die Beschlagnahme der Waren durch die Allgemeinheit zu bestimmten, angemessenen Preisen und die Verteilung allein in Ansehung des Bedürfnisses. Das haben wir für die wichtigsten Lebensmittel, für Getreide und Mehl, bereits durchgeführt. Damit sind wir praktisch beim genauen Gegenteil des Kapitalismus, beim Sozialismus, angelangt. Und daß diese Wirtschaftsform bewährt hat, darüber ist heute kein Zweifel mehr möglich.

So hat uns der Weltkrieg um einen entscheidenden Schritt vorwärts gebracht. Mag die wirtschaftliche Organisation, die uns die Zeit der Not lehrte, nach dem Friedensschluß wieder dahinsinken, es hat sich weit offenbart, daß im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsform der Wucher steckt, daß dieser Wucher um so gefährlicher ausbricht, je bitterer die Not ist, daß die Ordnung, die auf der Selbstsucht beruht, zwar eine rechtliche, nicht aber eine gerechte sein kann. Und es ist weiter eine unverlierbare Erkenntnis, daß die Durchführung der sittlichen Pflicht auch im Wirtschaftsleben möglich ist, ja, daß sie auf einem bestimmten Entwicklungspunkt den einzig gesunden Grundsatz alles Wirtschaftslebens bildet. Wir sehen unter den trachtenden Trümmern einer Welt die ersten Keime einer neuen sich emporgingenden. Der Rechtsstaat weicht auch hier dem Pflichtstaat.

Man kann heute ruhig sagen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem in dieser Kriegszeit nahezu der ganzen Bevölkerung die Ueberzeugung beigebracht hat, daß es gegen die guten Sitten verstößt. Es kann gar keine Rede davon sein, daß sich das Volk mit einem Wirtschaftssystem, welches so schamlos den Wucher begünstigt, wie den Wucher mit den alleruntersten Lebensmitteln, noch jemals aussöhnen könnte. Da aber die Ueberwindung dieses Wirtschaftssystems nur gegen den heftigsten Widerstand der Nutznießer desselben erfolgen kann, so müssen sich die Geschädigten organisieren als Produzenten, Konsumenten und Staatsbürger, um die Macht zu schaffen, den Widerstand der Nutznießer zu brechen. Als Organisation der Produzenten kommt für die Arbeiterschaft der Textilindustrie in Betracht: der Deutsche Textilarbeiterverband. Diesen Verband gilt es jetzt so stark wie nur möglich zu machen. Die Zeit dazu ist jetzt sehr günstig, weil die Kriegserfahrungen einer großen Masse bis dahin geistig blinder die Augen öffneten. Diese günstige Erntezeit müssen wir durch eine eifrige Agitation für den Verband ausnutzen.

Wesen und Wirksamkeit des Internationalen Verbandes der Seidenfärbereien.

Der Verband der Seidenfärbereien Krefeld gehört bekanntlich dem Internationalen Verband der Seidenfärbereien an. Daß diese internationale Unternehmerorganisation geradezu eine Monopolstellung in der Seidenfärberei einnimmt, ja daß sich in dieser Vereinigung eine Firma, die französische Firma Gillet u. Sohn, befindet, die allein eine geradezu weltbeherrschende Monopolstellung einnimmt, das war schon vor einigen Jahren Gegenstand von Erörterungen der Presse und das ist auch für die Arbeiter in der Seidenfärberei von erheblicher Bedeutung. Bei der großen Färbereiausjeberrung in Krefeld trat dieser internationale Färbereiverband weit über die Grenzen Deutschlands hinaus den ausgesperrten Arbeitern entgegen. In der Schweiz, in Frankreich und in Como in Italien wurde die Arbeiterschaft gezwungen, Streikarbeit zu machen.

In letzter Zeit hat dieser Unternehmerverband wieder mehrfach von sich reden gemacht; allerdings nicht zu seinem Vorteil. Zuerst erregte er heftigen Unwillen, daß er, nachdem der Krieg ausgebrochen war, daran festhielt, den deutschen Kunden die Farbrechnungen in Frankwährung auszustellen. Nach einem heftigen Protest aus den Kreisen der Krefelder Seidenweber stellte er die Rechnungen in Markwährung aus.

Vor kurzem zwang der Verband der Färbereien Krefeld seine Mitglieder, den Seidenweberien keine Garne mehr zu färben, sobald für sie in den Monaten Juli, August und September bereits daselbe Quantum ausgefärbt worden war, was die betreffenden Weberien in den Monaten April, Mai und Juni hatten ausfärben lassen. Der Verein der deutschen Seidenweberien hat durch eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Krefeld erreicht, daß der Beschluß außer Kraft gesetzt wurde. Es ist nun in den letzten Wochen gegen den Internationalen Färbereiverband der Vorwurf erhoben worden, daß er bestrebt sei, die Entwicklung der deutschen Seidenindustrie zum Vorteil der ausländischen zu hemmen. Es gehören, wie wir in der „Seide“ lesen, dem Internationalen Färbereiverband folgende Verbände an:

- Verband der Seidenfärbereien, Krefeld,
- Verband Zürcherischer Seidenfärbereien, Zürich,
- Verband der Basler Färbereien, Basel,
- Verband österreichischer Seidenfärbereien, Wien,
- Chambre syndicale des teinturiers de Lyon et St. Etienne, Gillet et Fils, Como.

Es wird nun in der Nr. 31 der „Seide“ gesagt, daß man in den Kreisen der deutschen Seidenweberien schon seit Jahren schmerzlich empfunden habe, daß durch den Anschluß des Verbandes der Seidenfärbereien an den internationalen Verband die Regelung der Verhältnisse der deutschen Strangfärberei vollständig unter den Einfluß ausländischer Interessenten gekommen sei. Das erscheint einleuchtend, denn es ist klar, daß die überwindende Mehrheit der ausländischen Verbände in dem Internationalen Verband alles andere verfolgt als eine Förderung und Hebung der deutschen Seidenindustrie. In

einer Zuschrift an die „Österreichische Zeitung“ war kürzlich ausgeführt worden, durch Anschluß des Verbandes der Seidenfärbereien Krefeld an den Internationalen Verband der Seidenfärbereien, Sitz Frankfurt a. M., sei den dringenden Wünschen der deutschen Seidenweberien um möglichst internationale Gleichstellung der Farblöhne für die Seidenstrangfärberei entgegengekommen worden. Demgegenüber wurde in einem Vortrage, der kürzlich im Ausschuß des Vereins deutscher Seidenweberien gehalten wurde, ausgeführt, daß die internationale Gleichstellung der Farblöhne ein frommer Wunsch sei, daß man weit davon entfernt sei, diesen Wunsch in die Wirklichkeit umzusetzen zu haben. In Frankreich sei es nur die Firma Gillet, die sich auf die internationale Preisliste verpflichtet habe, während alle übrigen Färber ihre alten Kunden zu beliebigen Preisen bedienen dürfen; lediglich neue Kunden würden zu den Preisen der internationalen Liste bedient. Dadurch werde der Nachteil, welcher der schweizerischen und deutschen Seidenindustrie, z. B. auf dem englischen Markt durch die billigere französische Färbung bereitet werde, nicht gemildert. Noch schlimmer sollen die Dinge in Italien liegen. Das Mitglied des internationalen Verbandes Gillet erkenne für seinen Cosmaker Betrieb die Verpflichtung, die internationale Preisliste einzuhalten, nicht an, sondern führe einen wilden Preiskampf gegen einige Außenseiter. Die internationale Gleichstellung sei für Italien keineswegs durchgeführt, weshalb sich der Druck des italienischen Wettbewerbs für die deutsche und österreichische Seidenweberien in England immer mehr fühlbar mache. Gelegentlich der bedeutenden Preiserhöhung im Jahre 1913 sei es zwar gelungen, die Färber zur Bemilligung einer Ausfuhrvergütung zu veranlassen, die einen teilweisen Ersatz für die durch die billige italienische Färbung entstehenden Schäden bieten sollte, aber die Hoffnung, daß die Färber nun auch im einzelnen die internationale Gleichstellung durchführen würden, sei nicht in Erfüllung gegangen. Die im Jahre 1913 abgegebene ausdrückliche Erklärung, daß die ganze Preiserhöhung gleichmäßig für Krefeld, Basel, Zürich und Wien durchgeführt werde, sei nicht eingehalten worden, denn in Wien sei die Preiserhöhung am 1. Juli nicht in Kraft getreten. Beim Färberstreik 1912 sei den Zürcher Fabrikanten gestattet worden, ihre Streikarbeit bei italienischen Außenseitern ohne Schutzkonto färben zu lassen. In Krefeld sei davon keine Rede gewesen. In dem Vortrage werden dann noch eine ganze Reihe Verstöße des Färbereiverbandes gegen einen mit dem Verein der Seidenweberien abgeschlossenen Vertrag nachgewiesen; besonders hinsichtlich der Höchsterschwerung von 65/80 Prozent für Trome. Schweizer Firmen hätten anstatt 65/80 Prozent 80/100 Prozent gefärbt.

Der Färbereiverband hat mit Wirkung zum 31. Oktober dieses Jahres den im Jahre 1911 mit dem Verein der deutschen Seidenweberien abgeschlossenen Vertrag aufgekündigt. Es scheint nun, als solle es zwischen den beiden Verbänden zu hartem Kampfe kommen. Als im Jahre 1911 der jetzt gekündigte Vertrag abgeschlossen wurde, hatte der Färbereiverband ein großes Interesse daran, die noch vorhandenen Außenseiter unter seinen Einfluß zu bekommen. Das gelang ihm dadurch, daß sich die sämtlichen Mitglieder des Vereins der deutschen Seidenweberien verpflichteten, fernerhin nur noch bei Mitgliedern des Verbandes der Seidenfärbereien färben zu lassen. Dem Verein der Seidenweberien wurde damals für diese Mitwirkung zur Erzielung einer geschlossenen Organisation eine gewisse Mitwirkung bei der Abänderung von Preisen und Bedingungen für die Färbungen zugesprochen. Diese Mitwirkung der Seidenweberien soll nun ausgeschaltet werden. Der Mohr hat eben seine Schuldigkeit getan. Man zieht in den Kreisen des Vereins der deutschen Seidenweberien aus der Tatsache, daß eine führende Persönlichkeit aus der schweizerischen Seidenfärberei die erfolgte Kündigung unter dem Ausdruck hoher Befriedigung angekündigt habe, zu einer Zeit, wo in Deutschland von dieser Kündigung noch nichts bekannt war, den Schluß, daß die Aufkündigung des Vertrages in erster Linie auf den Einfluß der an dem Internationalen Verband der Seidenfärbereien beteiligten ausländischen Verbände zurückzuführen sei, denen die Einräumung einer gewissen Mitwirkung des Vereins der Seidenweberien bei der Abänderung von Preisen und Bedingungen für die Färbungen ein Dorn im Auge war.

In Kreisen des Vereins der deutschen Seidenweberien hält man das Eingreifen ausländischer Verbände in das deutsche Wirtschaftsleben für unerträglich. Es soll besonders die kapitalkräftige französische Firma Gillet u. Sohn sein, die sich einen übermächtigen Einfluß verschafft hat. Diese Firma ist in allen Ländern entweder durch eigene Betriebe oder durch Besitz von Aktien an der Seidenfärberei beteiligt. Auch in Deutschland ist sie an bedeutenden Unternehmungen mit Kapital beteiligt und soll sogar durch ihren Aktienbesitz in einer der größten deutschen Strangfärbereien ausschlaggebenden Einfluß besitzen.

In Wien beherrscht Gillet die Färberei in allen ihren Zweigen durch sein dortiges Unternehmen. In Como gehört ihm die Firma Gillet u. Fils, welche als Mitglied des Internationalen Färbereiverbandes bereits genannt ist.

Daß sein Einfluß in Lyon und St. Etienne ausschlaggebend ist, kann keinem Zweifel unterliegen.

Die Gestaltung des Marktes in Chlorzinn, eines der wichtigsten Materialien der Seidenfärberei, wird ebenfalls von ihm beeinflusst, da er in engen Beziehungen zu der deutschen Firma steht, die durch ihre Patente den Weltmarkt in Chlorzinn beherrscht.

Deutsche Betriebe, an welchen Gillet beteiligt ist, haben vor dem Krieg verschiedentlich Versuche unternommen, weitere deutsche Färberei- und Ausrüstungsunternehmen an sich zu ziehen, insbesondere solche der Stüdfärbereien seidener und halbseidener Gewebe.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat Gillet, und zwar in Gemeinschaft mit der bedeutendsten zürcherischen Färbereiunternehmung, ein sehr starkes Übergewicht.

Wohl unterrichtete schweizerische Kreise erwarten, daß der Erwerb dieses zürcherischen Unternehmens selbst durch Gillet in absehbarer Zeit erfolgen oder daß es doch wenigstens unter seinen Einfluß gebracht sein wird.

Den russischen Markt beherrscht Gilet durch sein Moskauer Unternehmen.

Es handelt sich also hier um eine großkapitalistische Firma, die auf dem besten Wege ist, eine monopolistische Weltmarktstellung zu erlangen. Daß der mächtige Einfluß eines solchen Unternehmens für die deutsche Seidenindustrie nach dem Kriege gefährlich werden kann, wenn er nicht ausgeschaltet wird, das leuchtet ein. Man kann es daher verstehen, daß sich die deutsche Seidenstoffindustrie bemüht, sich diesem Einfluß zu entziehen. Die nächste Zeit muß ja Klarheit bringen, denn es werden doch wohl schon Versuche im Gange sein, wieder zu einem Vertragsverhältnis zwischen den Verbänden der Seidenfärbereien und -Webereien zu kommen. Hoffentlich geht das ohne besondere Schwierigkeiten vonstatten. Andererseits würde wohl die Regierung ein Wortchen mitreden, wenn es zu einer Störung der Produktion in der Seidenindustrie kommen sollte.

Textilarbeiterversammlung in der Dominikanerkirche in Augsburg am 16. Oktober 1915.

Der Magistrat hatte auf Ersuchen die Dominikanerkirche zur Abhaltung einer Textilarbeiterversammlung überlassen. — Die Dominikanerkirche wurde 1512—1517 zweischiffig im spätgotischen Stile neu aufgebaut und um 1720 in eine Barockkirche umgestaltet. Vor einigen Jahren wurde sie neu renoviert und macht nun, besonders im Innern, einen ruhigen und vornehmen Eindruck. Vier prächtige Gedenktafeln, wovon zwei 1519 zum Gedächtnis des Kaisers Maximilian I. und seines Sohnes Philipp von Spanien, zwei 1520 zur Erinnerung an die Wahl Karls V. errichtet wurden, prangen heute noch an den Wänden. Verwundert schauen die Heiligengestalten der prächtigen Deckengemälde auf das ungewohnte Bild, als die endlosen Scharen in die Versammlung strömten. Wenn auch nicht die lockenden Rufe der Glocken erklangen, so eilten dennoch lange Reihen vor der angelegten Stunde von allen Seiten der Stadt herbei. Nicht im festlichen Sonntagsstaat, sondern im Ehrenkleide der Arbeit, ernst aber doch hoffnungsvoll, im Strahlen der Herbstsonne, gebrochen in den hohen Bogenfenstern, besahen die mit einem dunkelroten Baldachin überdeckte Rednerbühne, sprangen dann kolobärdig ab auf die durchsichtigen Gesichter der über 3000 zählenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen. Reichlich zwei Drittel der Besucher waren Frauen, Mütter und Mädchen, ausnahmslos Textilarbeiterinnen. Alle lauschten gespannt auf die Ausführungen der drei Redner, die in kurzen Zügen von der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie redeten, dann die Not der Arbeiterschaft schilderten und mit kernigen Worten Abhilfe vom Reiche, Staat und den Gemeinden forderten. Sie weckten aber auch in den Herzen der Zuhörer die Hoffnung auf eine bessere neue Zeit und mahnten zur Einigkeit, zum Zusammenhalt.

Die Versammlung war einberufen von den drei Textilarbeiterorganisationen, dem Deutschen Textilarbeiterverband, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter und dem Gewerkschaften der Textilarbeiter Deutschlands (G.-D.). Die Tagesordnung lautete: „Die Herstellungsverbote und die Situation in der Textilindustrie; Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung.“ Referenten: Herr Reichstagsabgeordneter Hermann Jäckel-Berlin, Herr Reichstagsabgeordneter C. M. Schiffer-Düsseldorf, Herr Gewerkschaftssekretär Curt Reichelt-Spremberg. Als Vertreter der Stadt waren die beiden Herren Ratsadjunkten Dr. Kleindienst und Dr. Schön erschienen. Vom Magistrat und vom Gemeindefollegium waren ebenfalls einige Mitglieder der Einladung gefolgt, ebenso der Landtagsabgeordnete Kerner. Herr Bürgermeister Seheimer Hofrat Genter ließ seine Abwesenheit durch ein Schreiben entschuldigen, weil er dienstlich verhindert sei. Er betonte aber seinen lebhaften Anteil an den Verhandlungen. Bei unserem beschränkten Raum können wir leider die Reden der drei Referenten nicht ausführlich wiedergeben. Sie besprachen die Ursachen und die Wirkungen des Krieges unter besonderer Berücksichtigung der Textilindustrie und forderten durchgreifende Maßnahmen zur Milderung der Not der Textilarbeiter. Sie fanden für ihre überzeugenden Darlegungen reichen Beifall. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme.

„Die am 16. Oktober 1915 in der Dominikanerkirche in Augsburg tagende Deffentliche Textilarbeiter- und -arbeiterinnen-Versammlung stimmt den Ausführungen der Referenten voll und ganz zu. Sie stellt sich auf den Standpunkt, daß die Herstellungsverbote in der Textilindustrie eine Notwendigkeit waren, geboren aus dem durch die englische Blockade hervorgerufenen Mangel an Rohprodukten. Andererseits ist sie aber auch der Meinung, daß die arbeitslos werdenden und mit verkürzter Arbeitszeit schaffenden Textilarbeiter als Opfer des Krieges zu betrachten sind und in ausreichender Weise unterstützt werden müssen.

Wenn die Versammelten auch anerkennen, daß die meisten der hiesigen Textilindustriellen durch Zahlung einer Entschädigung für den Verdienstentgang bis jetzt zur Milderung der Not beigetragen, so sind die gezahlten Unterstützungen doch unzureichend, bieten aber auch keine Gewähr, daß sie dauernd gezahlt werden. Auch die Sätze der Städtischen Kriegsfürsorge für Erwerbslose in Augsburg können in dieser besonderen Notlage nicht maßgebend sein, obschon wir nicht verkennen, daß die Schaffung dieser Fürsorge zur damaligen Zeit einen sozialen Fortschritt bedeutete. Die Sätze sind zu einer Zeit aufgestellt worden, wo es dem einzelnen Arbeitslosen leicht möglich war, in kürzerer Zeit in seinem bisherigen oder in einem anderen Berufe Arbeit und Verdienst zu finden. Bei der in den nächsten Wochen zu erwartenden ungeheuer großen Zahl von arbeitslosen und mit wesentlich verkürzter Arbeitszeit schaffenden Textilarbeitern und -arbeiterinnen ist aber kaum daran zu denken, daß deren Hoffnung auf andere Arbeit erfüllt wird. Vielmehr wird leider damit zu rechnen sein, daß die Arbeitslosigkeit für die Dauer des ganzen Krieges in der Textilindustrie ständig zunimmt und auch noch monatelang nach Beendigung des Krieges bis zur Beschaffung genügender Vorräte von Rohprodukten anhalten wird. Bei der jetzt herrschenden und im nächsten Winter wohl noch fühlbarer werdenden Lebensmittelteuerung wird die Not der Augsburger Textilarbeiterfamilien einen ungeheuren Grad erreichen und die Volkskraft und Volksgesundheit auf das schwerste gefährden. Deshalb ist es dringend not-

wendig, daß die Städtischen Kollegien umgehend zu den Sitzungen der Städtischen Kriegsfürsorge für Erwerbslose erneut Stellung nehmen.

Außer einer Festlegung der Unterstützungssätze auf die Höhe des ortsüblichen Tagelohns, der wohl das äußerste Existenzminimum für die Arbeiterschaft in der jetzigen Zeit darstellt, wäre auch die Abschaffung der sechstägigen Karenzzeit dringend zu empfehlen.

Gleichzeitig müßte die Frage der Bedürftigkeit nicht allzu eng begrenzt werden. Kleinere Rentenabzüge oder der Besitz einiger Spargroschen usw. sollen weder den Bezug ausschließen noch bei den Sätzen in Anrechnung gebracht werden.

Die Reichsregierung hat eine namhafte Summe zur Unterstützung bereitgestellt zur Beihilfe an die Gemeinden. Deshalb erwartet die Versammlung auch von den beiden Städtischen Kollegien ein schnelles Eingreifen und ausreichende Hilfe. Die Versammlung beauftragt die Vertreter der drei Textilarbeiterorganisationen, diese Resolution dem Herrn Oberbürgermeister, den Herren des Magistrats und des Gemeindefollegiums der Stadt Augsburg zu unterbreiten.“

Die Erfahrungen in der modernen Chirurgie.

II.
Ein vielumstrittenes Kapitel der modernen Kriegschirurgie ist der Bauchschuß. Für die Friedenszeit gilt es als absolute Regel, den Bauchschuß möglichst bald durch den Bauchschnitt zu operieren. Wir haben eine ganze Reihe von Bauchschüssen in diesem Kriege, die bei einfacher Behandlung des Patienten mit absoluter Ruhe und mit Entziehung jeglicher Speise und aller Getränke auf die Dauer von acht Tagen günstig verlaufen. Es hat sich gezeigt, daß, wenn diese Zeit nicht innegehalten wurde, eine Verschlimmerung im Befinden eintrat. Wie soll nun

die Behandlung der Schußverletzungen erfolgen? Unser Grundsatz bei Behandlung einer Wunde heißt: Wir rechnen mit der einmal gegebenen Infektionsgröße der Wunde. Diese wird für uns durch keinerlei Maßnahme kleiner. Wenn ein Verletzter einen Schuß durch den Arm erhalten hat, so ist eine gewisse Zahl von Bakterien in die Wunde eingedrungen, die wir nicht verkleinern können. Es ist festgestellt, daß das Ausspülen der Wunde mit Wasser und das Auswaschen mit antiseptischen Mitteln nichts nützt, sondern schadet, da die antiseptische Flüssigkeit die vitale Widerstandskraft der Gewebe schädigt. Es darf aber zu den vorhandenen keine neue Schädigung kommen. Die Erfahrung zeigt, daß gesunde, kräftige Menschen mit einer gewissen Zahl der Bakterien fertig werden; es dürfen aber keine neuen Keime in die Wunde geraten. Dieser Grundsatz beherrscht unsere ganze erste Wundversorgung. Die Umgebung der Wunde wird nicht, wie in früheren Zeiten, gewaschen oder mit Seife gereinigt. Es wird bloß ein Stück keimfreie Gaze auf die Wunde gelegt. Das enthält jedes Verbandpäckchen, das jedem unserer Offiziere und Mannschaften in das Feld mitgegeben wird. Damit wird der erste Wundverband erledigt. Die Soldaten selbst oder ihre Kameraden wissen mit diesem Verband außerordentlich geschickt umzugehen.

Eine andere Methode, die Vermehrung der Bakterien zu verhüten, ist das sogenannte Arrestierungsverfahren. Man bestreicht die Umgebung der Wunde mit Jodtinktur oder mit Mastisol. Durch Mastisol werden die Bakterien in der Umgebung der Wunde fixiert; außerdem hat dieses Verfahren den Vorteil, daß die keimfreie Gaze auf der Wunde befestigt wird und ein Verschieben des Verbandes verhütet. Mit allen genannten Methoden wurden ausgezeichnete Resultate erzielt. Im allgemeinen wird auf die Entfernung der Geschosse aus dem Körper kein Gewicht mehr gelegt, wenn das Geschöß keine Beschwerden bereitet. Das gilt für das Infanteriegeschöß. Unser deutsches Stahlmantelgeschöß ist sicher humaner als das französische kupferlegierte Geschöß, das Schmerzen verursacht. Ich kann mir die Ursache dieser Erscheinung nicht erklären, gleichwohl aber steht fest, daß die Verletzten Beschwerden und Schmerzen empfinden und um die Entfernung des Geschosses ersuchen.

Die Schrapnellkugel ist rund. Ihre Aufschlag- und Durchschlagkraft ist weit geringer als die des Infanteriegeschosses. Mit Fremdkörpern, wie Kleiderreßen usw., dringt sie in die Tiefe des Körpers und ist daher eher geneigt Eiterungen hervorzurufen. Bei Verletzungen durch Schrapnellkugeln treten Eiterungen in 70 bis 75 Proz. auf. Beim Öffnen der Wunde kommt eine geringe Menge schokoladenfarbener Flüssigkeit zutage. Granatsplitter reißen gleichfalls Fremdkörper mit in den Körper und rufen Eiterprozesse hervor. Die Granatsplitter müssen aus diesem Grunde entfernt werden.

Die Artilleriegeschößverletzungen, die in diesem Kriege in besonders großer Zahl auftreten und durchaus nicht immer günstig verlaufen, bilden eine besondere Gefahr. Sie rufen infektiöse Zellgewebsentzündungen, die Gasphlegmone und den Wundstarrkrampf hervor. In vielen Fällen sind nun die Verletzten vorwiegend mit Tetanusserum geimpft worden und je nach Art der Verletzungen ist es bei einem gewissen Prozentsatz gelungen, den Wundstarrkrampf zu verhüten. Zu Anfang des Krieges haben wir leider einen Teil der an Tetanus erkrankten Verletzten verloren. Die Erfahrungen haben jedoch in dieser Hinsicht eine bedeutende Besserung erzielt.

Die einfachen Schüsse durch die Weichteile der Gliedmaßen verlaufen fast alle günstig. Durch die Verbandpäckchen wurden einfache Schußwunden nach acht Tagen schon derart geheilt, daß die Leute wieder dienstfähig waren. Schüsse mit Infanteriegeschossen durch Gelenke nahmen einen günstigen Verlauf im Geleite, wenn die Wunde kurze Zeit nach der Verletzung aseptisch versorgt, beziehungsweise gut geschient worden war.

Die Wirkung der Fliegerbombe ist wesentlich verschieden von der Wirkung der freipendenden Granate. Die Verletzungen, selbst durch kleine Sprengstücke, sind so außerordentlich schwer, wie ich sie bei Granatsplittern nicht gesehen habe. Eine zweite unangenehme Eigenschaft des Bruchstückes der Fliegerbombe ist die, daß es messerscharf tief in die Gliedmaßen eindringt und dort die Gefäße durchschlägt. Bei einem Mann, bei dem ein Bombenstück, nicht größer als der Nagel meines Ringfingers, in die Oberschulterbeingrube eindrang, wurde die ganze Armmuskulatur durchgeschlagen. Endlich wurden auch häufig Verbrennungen festgestellt, wenn die Fliegerbombe in der Nähe des Verletzten

geplatzt war, eine Erscheinung, die bei Granatverletzungen nicht wahrzunehmen ist. —

Nach dem Vortrag wurden an verschiedenen Verwundeten die einzelnen Schußwirkungen gezeigt. In weißen Betten und auf Tragbahnen lagen die Soldaten, die im Felde schwere Verletzungen und Verwundungen davongetragen hatten. Man sah an einzelnen Betten Streckapparate, wie sie einfacher und zweckdienlicher nicht gedacht werden können. Bei Streckverbänden im Felde wird das Zuggewicht oft dadurch hergestellt, daß man einen Stiefel mit Sand füllt. Dieses Verfahren hat den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß das Gewicht durch Hinzufügen oder Herausnehmen von Sand regulierbar ist. Ein zweites Hilfsmittel, das sich der Arzt im Felde improvisiert, ist der Helm als Maske für Nasen. In einem Helm wird ein starker, mit Chloroform oder Aether getränkter Wattebausch gelegt und dieser Helm wird dem zu Operierenden über das Gesicht gehalten.

An einem Soldaten sah man die Wirkung eines Granatsplitters. Am Oberschenkel war dem Verwundeten das Fleisch fast ganz fortgerissen. Er wurde gerade frisch verbunden. Er biß die Zähne zusammen und sah uns mit braven Augen an. Als der Kranke auf dem Nebentbett lag, reichte ich ihm eine Zigarette. Er lag auf dem Reibe, den Kopf seitwärts gedreht. Und er nahm die Zigarette und rauchte. Zwei Schwestern und zwei Ärzte versorgten seine Wunde. Aber er wollte nicht zeigen, daß er vor Schmerz leise zitterte. Und mit einem Lächeln freute er sich seiner Kraft und seiner Beherrschung. Als ich ihm zum Abschied die Hand gab, sah ich, daß auch durch seinen rechten Arm eine Kugel gegangen war. Ich habe mir seinen Namen gemerkt und er hat mir die Adresse der Seinen zu Hause gegeben. Ich soll ihnen mitteilen, daß es ihm gut geht und daß er bald wieder felddienstfähig ist. . . .

Unser wichtiges Nahrungsmittel Butter und Milch.

Die sehr starke Steigerung der Preise für unsere notwendigsten Nahrungsmittel gibt dauernd zu den lebhaftesten Klagen in der Bevölkerung Anlaß. Aber es wird wohl kaum eine Preissteigerung so unangenehm empfunden, als die für Butter und Milch. Für Milch ist in den letzten Wochen in den Großstädten der Preis pro Liter auf 30 bis 35 Pf. erhöht, und Butter erreicht bereits den Preis von 3 Mk. pro Pfund. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern die Abstellung dieser unerträglichen Zustände gefordert. Er verlangt die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch, die aber in enger Verbindung stehen muß mit einer Preisbegrenzung für Butter und Käse. Ohne die Festsetzung von Höchstpreisen für Butter und Käse würde bei der Landwirtschaft nur der Anreiz entstehen, größere Mengen von Milch für die Butter- und Käsebereitung zur Verfügung zu stellen und damit das für den Konsum zur Verfügung stehende Quantum Milch verringert werden. Es wird ferner verlangt, daß die Herstellung von Käse aus Vollmilch verboten wird. Befürwortet dagegen wird die Herstellung von Käse aus Magermilch. Dabei würde der Eiweißgehalt der Magermilch der menschlichen Nahrung zugeführt, während leider gegenwärtig der größte Teil der Magermilch zur Viehfütterung benutzt wird. Bei dieser Verwendung der Magermilch geht nur ein Viertel des Eiweißgehaltes in die Fleischproduktion über. Bei dem Mangel an eiweißhaltiger Nahrung ist es dringend notwendig, daß die Nahrungsmittel mit größerem Eiweißgehalt vollkommen der menschlichen Nahrung zur Verfügung gestellt werden.

Was die praktische Durchführung des Vorschlages anbetrifft, so beruft sich die Eingabe auf die Verordnung des Generalkommandos in Bayern, die von der Bevölkerung recht gut aufgenommen wurde. Aber auch bei dieser Verordnung zeigt sich bereits, daß ohne eine Regelung für das ganze Reich die Durchführung Mängel aufweist. Vor allem klagen die Bezirke, die früher Milch und Produkte der Molkerei aus Bayern bezogen haben, daß ihnen durch die Beschränkung der Ausfuhr aus Bayern große Schwierigkeiten in der Versorgung entstanden sind, die vom Handel zu abermaligen Preissteigerungen benutzt werden.

Die Eingabe bestreitet, daß die Landwirtschaft die gegenwärtige Preissteigerung begründen oder mit Recht fordern kann. Die hohen Preise für Butter lassen sich nur erklären aus der ungenügenden Marktlage. Es fehlt an Eiern und Fetten, und dieser Mangel wirkt preistreibend für Milch und Molkereiprodukte. Ohne eine Preisfestsetzung ist den weiteren Preistreibereien kein Ziel zu setzen.

Aus den Gewerkschaften.

Die schweizerische Textilarbeiterorganisation hat sich neu gruppiert. Die Fabriktextilarbeiter, denen auch die Arbeiter in den chemischen Fabriken angegliedert werden sollen, die textilen Heimarbeiter, die Plattstichweber, die Handsticker werden fortan je einen Verband für sich bilden. Man hofft, auf diese Weise die Interessenten für die für sie in Frage kommenden Organisationen leichter zu gewinnen als es bisher für den gemeinsamen Verband der Fall war. Gemeinsames Verbandsorgan dürfte der „Textilarbeiter“ bleiben. — Sämtliche Einzelverbände werden durch ein Kartell miteinander verbunden.

Soziales.

Erhöhung der Familienunterstützungen. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung fast aller Lebensmittel und die Verteuerung der Kleidung, Brennstoffe usw. ist im Reichstag der Wunsch geäußert worden, es möchten für die kommenden Wintermonate die an die Kriegerfamilien zu zahlenden Unterstützungen angemessen erhöht werden. Die Reichsregierung will deshalb die Mindestsätze für die Monate November bis einschließlich April auf 15 Mk. für die Ehefrauen und 7,50 Mk. für die sonstigen unterstützungsberechtigten Personen erhöhen. Dabei wird angenommen, daß die Gemeinden diese Erhöhung der Mindestsätze nicht zu einer Herabsetzung der von ihnen bisher gewährten Zuschüsse benutzen. Die Lieferungsverbände sind darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhung der Mindestsätze nicht eine Entlastung der Gemeinden bezweckt, daß das Ziel der Maßnahme vielmehr nur dann erreicht wird, wenn die höheren Mindestsätze den Familien in vollem Umfang zugute kommen.

Die Erhöhung der Unterstützung beziffert sich also auf 10 Pf. pro Tag für die Ehefrau, ein Betrag, der gar nichts

